



STIFTERVERBAND

RAHMENVERTRAG ÜBER MEDIENPRODUKTIONEN FÜR LERNANGEBOTE IM MINT-CAMPUS 2.0

zwischen dem

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.

Projekt: MINT-Campus 2.0

Pariser Platz 6

10117 Berlin

– im Folgenden „Auftraggeber“ –

und der

Name

Straße Hausnummer

PLZ Stadt

– im Folgenden „Auftragnehmer“ –

§ 1 Vertragsgegenstand

1. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Erbringung von audiovisuellen, animierten und grafischen Medienproduktionsleistungen sowie der medientechnischen Umsetzung nach Maßgabe dieses Rahmenvertrages.
2. Im Rahmen der Laufzeit des Rahmenvertrages kann der Auftraggeber die in der Leistungsbeschreibung (Anlage ANG 1) aufgeführten Leistungen einzeln bzw. in Form von Leistungspaketen beim Auftragnehmer abrufen („Einzelaufträge“). Der Auftragnehmer ist zur Leistungserbringung unter dem konkreten Einzelauftrag verpflichtet, sofern der Einzelauftrag keine von diesem Rahmenvertrag und seinen Anlagen abweichenden Regelungen enthält.
3. Für die wirksame Erteilung eines Einzelauftrags genügt die Textform. Unabhängig davon wird der Auftragnehmer unverzüglich die Übernahme des Einzelauftrags durch entsprechende Gegenzeichnung bzw. Auftragsbestätigung deklaratorisch bestätigen.
4. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Einzelaufträge zu erteilen. Soweit in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) oder im Preisblatt konkrete Stückzahlen genannt sind, stellen diese nur ein fiktives Mengengerüst zur Angebotswertung dar, welches den aktuell geschätzten Bedarf abbildet und im Zuge der echten Abrufe über- oder unterschritten werden kann.
5. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Einzelaufträge zu erteilen. Soweit in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) oder einem Preisblatt konkrete Stückzahlen genannt sind, stellen diese nur den aktuell geschätzten Bedarf dar, der über- oder unterschritten werden kann. Alle in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen können unabhängig von einer dort gegebenenfalls genannten Stückzahl mit beliebiger Stückzahl auch Gegenstand mehrerer Einzelaufträge sein.
6. Der Auftragnehmer ist nicht zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des Auftraggebers berechtigt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist.

§ 2 Leistungen des Auftragnehmers

1. In den jeweiligen Einzelaufträgen werden die durch den Auftragnehmer jeweils zu erbringenden Leistungen im Einzelnen bestimmt.
2. Der Auftraggeber kann vor der abschließenden Beauftragung von Einzelaufträgen den Auftragnehmer auffordern, dem Auftraggeber einen detaillierten Vorschlag für die Erbringung der Leistungen zu unterbreiten. Soweit es sich dabei um Leistungen handelt, die gemäß Leistungsbeschreibung nach Aufwand abgerechnet werden, ist dem Vorschlag eine verbindliche Kostenplanung (Kostenvoranschlag) beizufügen. Der Auftraggeber hat innerhalb angemessener Zeit dem Auftragnehmer mitzuteilen, ob er den von Auftragnehmer unterbreiteten Vorschlag zur Gestaltung und Durchführung der Leistungen mit oder ohne Änderungen annimmt oder ablehnt. Lehnt der Auftraggeber den Vorschlag ab, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Vorschlag maximal zweimal nach den Vorgaben/Anmerkungen/Einwendungen des Auftraggebers nachzubessern.



STIFTERVERBAND

3. Der Auftragnehmer schuldet eine sorgfältige Leistungserbringung, die dem zum Zeitpunkt der Leistungserbringung jeweils aktuellen Stand der Technik auf dem Gebiet der Beauftragung entspricht, soweit die Leistungsbeschreibung keine abweichenden Vorgaben enthält. Die Leistung ist in deutscher Sprache zu erbringen.
4. Die Vertragspartner werden durch organisatorische Maßnahmen gewährleisten, dass die im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeiter des Auftragnehmers ausschließlich dessen Direktionsrecht und Disziplinargewalt unterstehen. Es erfolgt keine Eingliederung des zur Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeiters des Auftragnehmers in die Organisation des Auftraggebers. Die vom Auftragnehmer eingesetzten Personen treten in kein Arbeitsverhältnis zum Auftraggeber, auch soweit sie Leistungen in dessen Räumen erbringen.
5. Der Auftragnehmer bestimmt grundsätzlich Ort und Zeit seiner Leistungserbringung selbst. Jedoch sind zeitliche, räumliche und fachliche Anforderungen zu beachten, soweit sie sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben oder in zwischen den Parteien abgestimmten Termin- oder Leistungsplänen enthalten oder zur Erreichung des Zwecks der Beauftragung erforderlich sind. Für die zur Erbringung der Leistungen notwendigen Arbeitsmittel ist der Auftragnehmer selbst verantwortlich, soweit nicht anders vereinbart. Erfordert die Leistungserbringung die Tätigkeit des Auftragnehmers an einem bestimmten Ort, so ist der Auftragnehmer bereit, an diesem Ort tätig zu werden.

§ 3 Nutzungsrechte

1. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an den für den Auftraggeber im Zuge der Leistungserbringung erstellten Leistungsergebnissen zum Zeitpunkt ihres Entstehens, spätestens ihres Erwerbs durch den Auftragnehmer, dauerhaft, unwiderruflich und unkündbar alle übertragbaren Rechte, insbesondere die urheberrechtlichen Nutzungsrechte, Markenrechte und Namensrechte zur beliebigen Nutzung und Verwertung der unter diesem Vertrag und den jeweiligen Einzelaufträgen erstellten Leistungsergebnissen einschließlich aller Rechtspositionen an Ideen, Entwürfen und Gestaltungen frei von entgegenstehenden Rechten Dritter zur nicht ausschließlichen räumlich, inhaltlich und sachlich unbeschränkten und umfassenden Verwertung in allen derzeit bekannten und zukünftig bekannt werdenden Medien und Nutzungsarten ein. Hierzu gehören insbesondere, aber nicht ausschließlich, das Bearbeitungs-, Vervielfältigungs-, Verbreitungs-, Ausstellungs-, Vortrags-, Ausführungs- und Vorführrecht und das Online-Recht. Die Übertragung schließt das Recht zur Weiterübertragung an Dritte ein. Die vorstehenden Regelungen gelten auch für sämtliche bei der Leistungserbringung entstehenden Zwischenergebnisse. Soweit es sich bei den Leistungsergebnissen um Software handelt, bezieht sich die Rechteeinräumung auf den Objekt- und den Quellcode.
2. Zieht der Auftragnehmer zur Vertragserfüllung Dritte heran, wird er von diesen die Absatz 1 entsprechenden Nutzungsrechte für den Auftraggeber erwerben und im gleichen Umfang auf den Auftraggeber übertragen. Der Auftraggeber ist berechtigt, Einsicht in die mit Dritten geschlossenen Verträge, die zur Erfüllung dieses Vertrags nötig sind, zu nehmen. Dritte in diesem Sinn sind auch freie Mitarbeiter des Auftragnehmers.



STIFTERVERBAND

3. Der Auftragnehmer wird Schutzrechten unterliegende, vorbestehende Werke nur dann in die Leistungsergebnisse integrieren, wenn er hierfür zuvor eine Zustimmung des Auftraggebers erhalten hat. Mit der Integration der vorbestehenden Werke erhält der Auftraggeber die Rechte gemäß § 3 Abs. (2).

Die Verbreitung und Unterlizenzierung von vorbestehenden Werken ist zu vergüten, wenn der Auftragnehmer bei Einholung der Zustimmung des Auftraggebers die Vergütung für die Einräumung dieser Rechte beziffert hat. Solange der Auftraggeber diese Rechte an den vorbestehenden Werken nicht ausübt, wird die Vergütung für deren Verbreitung oder Unterlizenzierung nicht fällig.

4. Soweit es sich bei den Leistungsergebnissen um Sachen handelt oder sich Leistungsergebnisse in Sachen verkörpern, überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber im Zeitpunkt ihres Entstehens das Eigentum an den Leistungsergebnissen.
5. Der Auftragnehmer wird die im Rahmen dieses Vertrages und der Auftragserteilung an den Auftraggeber erbrachten Leistungen, insbesondere die konkreten Ideen, Entwürfe und Gestaltungen nicht ohne Zustimmung des Auftraggebers in gleicher oder verwechselbarer Form für andere Auftraggeber verwenden.
6. Ist eine Lieferung (Kauf) Leistungsgegenstand, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber, soweit nicht anders vereinbart, an dem Leistungsgegenstand das unwiderrufliche, unkündbare, dauerhafte, übertragbare, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, nicht ausschließliche Recht ein, den Leistungsgegenstand im vorgesehenen, mindestens aber im üblichen Umfang zu nutzen oder für sich durch Dritte nutzen zu lassen. Mit der Lieferung des Leistungsgegenstandes durch den Auftragnehmer sind sämtliche an dem konkreten Leistungsgegenstand/Werkstück bestehenden gewerblichen Schutzrechte des Auftragnehmers erschöpft.
7. Die Leistungsergebnisse sollen – sofern im jeweiligen Einzelauftrag nichts Abweichendes vereinbart wird – unter der Lizenz Creative Commons CC BY-SA 4.0 nutzbar sein. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die hierfür erforderlichen Rechte eingeräumt werden.
8. Die Leistungsergebnisse sind vom Auftragnehmer in digitaler Form an den Auftraggeber herauszugeben. Dies umfasst ausdrücklich auch sämtliche zur vertragsgemäßen Nutzung, Bearbeitung und Weiterverarbeitung erforderlichen Dateien, insbesondere Original-, Arbeits- und editierbare Dateien (z. B. offene Formate, Quell-, Projekt- oder Layoutdateien), soweit diese im Rahmen der Leistungserbringung erstellt wurden.
9. Die Herausgabe der Dateien erfolgt spätestens mit Abnahme der Leistung, spätestens jedoch mit vollständiger Zahlung der vereinbarten Vergütung, in einem branchenüblichen und technisch gängigen Format.
10. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, die Herausgabe der Dateien von zusätzlichen Vergütungen abhängig zu machen, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

§ 4 Personal des Auftragnehmers, Unterauftragnehmer

1. Die zur Erbringung der Leistungen eingesetzten Personen müssen vereinbarungsgemäß, unabhängig davon jedoch mindestens dem Vertragszweck und der Aufgabenstellung entsprechend, qualifiziert sein. Unabhängig davon wird der Auftragnehmer gewährleisten, dass die für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter über die Qualifikation verfügen, die mindestens seinen diesbezüglichen Angaben sowie den Anforderungen des Auftraggebers entspricht. Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache, soweit im Einzelauftrag nichts anderes vereinbart ist.
2. Der Auftragnehmer darf zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer nur einsetzen oder eingesetzte Unterauftragnehmer nur auswechseln, wenn der Auftraggeber dem ausdrücklich zustimmt. Die Zustimmung kann nicht aus sachwidrigen Gründen verweigert werden. Die Einarbeitung des neuen Unterauftragnehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers. Für die im Angebot des Auftragnehmers benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung des Auftraggebers als erteilt.
3. Der Auftragnehmer darf zur Vertragserfüllung eingesetzte Personen in vereinbarten Schlüsselpositionen nur mit Einwilligung des Auftraggebers auswechseln; der Auftraggeber wird seine Einwilligung unverzüglich erklären, wenn die Ablösung zwingend erforderlich ist und der Auftragnehmer eine qualifizierte Ersatzperson anbietet. Zwingend erforderlich ist die Ablösung, wenn der weitere Einsatz unmöglich ist.
4. Die Ersatzperson gilt nur dann als qualifiziert, wenn sie mindestens über die vertraglich vorausgesetzte Eignung verfügt. Eine höhere Qualifikation der Ersatzperson begründet keinen Anspruch auf Erhöhung der Vergütung. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die Ersatzperson einer teureren Vergütungskategorie zuzuordnen wäre. Die durch den Austausch und die Einarbeitung der Ersatzperson entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.
5. Der Auftraggeber kann mit Begründung den Austausch einer vom Auftragnehmer zur Vertragserfüllung eingesetzten Person verlangen, wenn diese mehr als unerheblich gegen vertragliche Pflichten verstoßen hat. In diesen Fällen gilt § 8 Abs. (3) entsprechend.

§ 5 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers

1. Auf Verlangen erstattet der Auftragnehmer dem Auftraggeber während der Vertragsdauer Bericht über den Stand der Leistungen.
2. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen, wenn eine Vorgabe oder Forderung des Auftraggebers oder eine sich aus den vertraglichen Pflichten des Auftragnehmers ergebende Handlung in wesentlichem Umfang fehlerhaft, unvollständig, widersprüchlich oder nicht wie vereinbart ausführbar ist bzw. eine für den Auftraggeber wirtschaftlichere Lösung besteht. Sofern mit zumutbarem Aufwand möglich, hat er dem Auftraggeber gleichzeitig die ihm erkennbaren Folgen mitzuteilen. Er haftet für die Nichterfüllung dieser Pflichten aber dann nicht, wenn er diese Umstände anlässlich der Erbringung seiner Leistungen nicht hätte erkennen müssen.

3. Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, Untersuchungen und Prüfungen vorzunehmen, die nicht für die Erbringung der Leistungen erforderlich sind. Im Übrigen bleiben die Pflichten des Auftragnehmers aus § 241 Abs. 2 BGB unberührt.
4. Sobald dem Auftragnehmer erkennbar ist, dass er die vereinbarten Termine oder Ausführungsfristen nicht einhalten kann, wird er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen.

§ 6 Mitwirkungspflichten/Gestaltung der Zusammenarbeit

1. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seiner Sphäre rechtzeitig zur Verfügung stellen. Der Auftraggeber wird den Mitarbeitern des Auftragnehmers Zugang zu seinen Räumlichkeiten und der dort vorhandenen informationstechnischen Infrastruktur rechtzeitig gewähren und die bei ihm vorhandenen Dokumentationen rechtzeitig übergeben, jeweils soweit dies zur Erbringung der Leistung erforderlich ist und die gesetzlichen und vereinbarten persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.
2. Konkret vom Auftraggeber zu erbringende Mitwirkungsleistungen sind im Einzelauftrag geregelt und nach den dortigen Festlegungen vom Auftraggeber zu erbringen. Soweit Mitwirkungsleistungen gemäß Abs. (1) nicht konkret im Einzelauftrag festgelegt und/oder terminiert sind, müssen die Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers vom Auftragnehmer rechtzeitig angefordert werden.
3. Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer Schutzrechten unterliegende Leistungen zur Verwendung bei der Leistungserbringung überlässt, gewährleistet er, dass er zur Einräumung der erforderlichen Nutzungsrechte an den Auftragnehmer berechtigt ist.

§ 7 Einhaltung von Leistungszeiten

1. Soweit kein Mindestvorlauf vereinbart ist, hat der Auftragnehmer unverzüglich nach Abruf mit der Leistung zu beginnen.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in den Einzelaufträgen jeweils festgehaltenen, mindestens jedoch die im Angebot zugesagten Leistungszeiten einzuhalten. Die vom Auftragnehmer angebotenen Leistungszeiten sind insoweit verbindlich, sofern der Auftraggeber im Einzelauftrag keine längeren Leistungszeiten vorgibt.
3. Der Auftraggeber kann im Fall des Verzuges den Verzögerungsschaden verlangen. Ferner kann der Auftraggeber den Einzelauftrag ganz oder teilweise nur bezogen auf die in Verzug befindliche Leistung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, kündigen oder, sofern die bereits erbrachten Leistungen für den Auftraggeber aufgrund des Rücktritts nachvollziehbar ohne Interesse sind, vom Vertrag zurücktreten, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall dem Auftraggeber zum Ersatz des durch die Kündigung des Vertrages entstehenden Schadens verpflichtet. Anstelle des durch die Kündigung entstehenden Schadens, kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284

BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. §§ 281 Abs. 2, 323 Abs. 2 BGB entbehrlich.

4. Hat der Auftragnehmer die Nichteinhaltung von Leistungszeiten zu vertreten, kann der Auftraggeber für jeden angefangenen Werktag des Verzuges pauschal 0,2 % des Rechnungswertes der vom Verzug betroffenen Leistung als Vertragsstrafe verlangen, jedoch insgesamt höchstens 5 % des Rechnungswertes der vom Verzug betroffenen Leistung.
5. § 341 Abs. 3 BGB findet keine Anwendung. Die Summe aller zu zahlenden Vertragsstrafen beträgt maximal 5% des Auftragswertes des Einzelauftrages. Die Vertragsstrafen werden auf Schadenersatzansprüche angerechnet.

§ 8 Abnahme

1. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Fertigstellung von Dienst- und/oder Werkleistungen jeweils anzuzeigen. Die Anzeige kann auch konkludent durch Übergabe des Leistungsergebnisses erfolgen. Nach Erhalt der Bereitstellungsanzeige ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistung eine angemessene Zeit, mindestens jedoch 14 Tage, zu prüfen.
Die Abnahme wird erklärt, sofern bei dieser Prüfung keine Mängel der Leistung aufgedeckt werden, die die Tauglichkeit der Leistung für den vertraglich vorgesehenen Gebrauch mehr als unerheblich beeinträchtigen.
2. Für die Mitteilung von Mängeln sowie für die Bestätigung der Abnahme genügt die Textform.
3. Auch bei erklärter Abnahme sind alle bei der Prüfung festgestellten und/oder im Abnahmeprotokoll festgehaltenen Fehler unverzüglich nach Abnahme durch den Auftragnehmer zu beseitigen, auch wenn dies im Abnahmeprotokoll nicht noch einmal explizit festgehalten wurde.

§ 9 Vergütung

1. Für die mit einem Einzelauftrag beauftragten Leistungen gelten die Einzelpreise gemäß Preisblatt (Anlage 2). Hierbei handelt es sich um Pauschalfestpreise. Der Pauschalfestpreis inkludiert die Kosten für Material, Reisezeiten, Reisekosten und alle sonstigen Aufwendungen und Nebenleistungen, die zur Leistungserbringung notwendig sind, es sei denn im Preisblatt oder im Einzelauftrag ist etwas Abweichendes vereinbart.
2. Für die aufgrund eines gesonderten Kostenvoranschlags vorzunehmenden Leistungen erfolgt die Vergütung gemäß dem Kostenvoranschlag, der insoweit ebenfalls einen Pauschalfestpreis darstellt.
3. Ist eine Vergütung nach Aufwand vereinbart, wird lediglich der Zeitaufwand vergütet. Reisezeiten, Reisekosten, Materialkosten und/oder alle sonstigen Aufwendungen werden nur bei entsprechender Vereinbarung im Preisblatt oder Einzelauftrag vergütet.



STIFTERVERBAND

4. Bei Aufwandsabrechnung werden nur die für die jeweilige Leistung vereinbarten bzw. abgerufenen Kategorien vergütet. Ist für eine Leistung keine bestimmte Kategorie vereinbart, werden nur die Kategorien vergütet, die zur Erfüllung erforderlich sind. Satz 1 und 2 gelten auch dann, wenn die Leistung durch eine Person erbracht wird, die einer teureren als der erforderlichen Kategorie zuzuordnen ist.
5. Ist bei Vergütung nach Aufwand eine Obergrenze vereinbart oder hat der Auftragnehmer eine Aufwandsschätzung abgegeben, teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber jeweils unaufgefordert den Bearbeitungsstand und den voraussichtlichen Restaufwand mit, wenn die Obergrenze/Aufwandsschätzung zu ca. 75% und zu 100% erreicht ist oder wenn sich abzeichnet, dass Hinderungsgründe der vollständigen Erbringung der Leistung innerhalb der Obergrenze entgegenstehen. Unabhängig hiervon ist der Auftragnehmer auch bei Überschreitung der Obergrenze/Aufwandsschätzung zur vollständigen Erbringung der vereinbarten Leistung verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Überschreitung nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer ist jedoch in diesem Fall verpflichtet, die vereinbarte Leistung gegen zusätzliche Vergütung nach Aufwand zu den vereinbarten Sätzen vollständig zu erbringen, sofern der Auftraggeber dies verlangt.
6. Bei Aufwandsabrechnung wird je Kalendertag nicht mehr als ein Tagessatz vergütet, soweit nichts anderes vereinbart ist. Ein vereinbarter Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens acht Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als acht Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Ist ein Stundensatz vereinbart, werden angefangene Stunden anteilig vergütet. Pausen sind auszuweisen und werden nicht vergütet. Werden mehr als sechs Zeitstunden geleistet, wird vermutet, dass der Auftragnehmer eine halbstündige Pause eingelegt hat. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer mit dem Leistungsnachweis nachweist, keine Pause gemacht zu haben. Soweit der Auftraggeber nicht ausdrücklich zugestimmt hat oder etwas anderes vereinbart wurde, sind Leistungen nur in den Zeiten zu erbringen, für die weder ein Zuschlag noch ein anderer erhöhter Vergütungssatz vereinbart ist. Wird der Auftragnehmer ohne eine solche Zustimmung oder Vereinbarung tätig, kann er weder einen Zuschlag noch einen erhöhten Vergütungssatz verlangen.
7. Alle vereinbarten Preise verstehen sich zzgl. Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlich vorgeschriebenen Höhe.
8. Soweit nicht anders ausdrücklich vereinbart, werden die Vergütungen nach vollständiger Leistungserbringung, bei Werkleistungen nach Abnahme durch den Auftragnehmer in Rechnung gestellt und innerhalb von 14 Tagen nach Eingang einer prüffähigen Rechnung durch den Auftraggeber bezahlt.

§ 10 Gewährleistung

1. Wird eine Leistung nicht vertragsgemäß erbracht, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer zu verlangen, die Leistung ohne Mehrkosten für den Auftraggeber innerhalb angemessener Frist vertragsgemäß zu erbringen. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere auf Schadens- oder Aufwendungsersatz und sein Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund, bleiben hiervon unberührt.



STIFTERVERBAND

2. Werden Werkleistungen und/oder Lieferungen durch den Auftragnehmer nicht vertragsgemäß erbracht, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Leistungen auf seine Kosten innerhalb angemessener Frist nachzubessern bzw. Ersatz zu liefern. Gelingt die vertragsgemäße Erbringung auch innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Nachfrist nicht oder ist eine Nach-/Wiederholung der Leistung aus der Natur der Sache heraus nicht möglich, kann der Auftraggeber die vereinbarte Vergütung entsprechend mindern, vom Einzelauftrag zurücktreten oder eine Ersatzvornahme durchführen. Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere auf Schadens- oder Aufwendungsersatz und sein Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund, bleiben hiervon unberührt.

§ 11 Schutzrechte Dritter

1. Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Leistungen des Auftragnehmers geltend und wird deren Nutzung hierdurch beeinträchtigt oder untersagt, haftet der Auftragnehmer unbeschadet der Rechte des Auftraggebers gemäß § 3 wie folgt:
 - Der Auftragnehmer kann nach seiner Wahl und auf seine Kosten entweder die Leistungen so ändern oder ersetzen, dass sie das Schutzrecht nicht verletzen, aber im Wesentlichen doch den vereinbarten Funktions- und Leistungsmerkmalen in für den Auftraggeber zumutbarer Weise entsprechen, oder den Auftraggeber von Ansprüchen gegenüber dem Schutzrechtsinhaber freistellen.
 - Ist die Änderung und der Ersatz dem Auftragnehmer unmöglich oder nur zu unverhältnismäßigen Bedingungen möglich, hat er das Recht, die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurückzunehmen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dabei eine angemessene Auslaufzeit zu gewähren, es sein denn, dies ist nur zu unzumutbaren rechtlichen oder sonstigen Bedingungen möglich.
2. Die Parteien werden sich wechselseitig unverzüglich über geltend gemachte Ansprüche Dritter verständigen. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber notwendige Verteidigungskosten und sonstige Schäden, soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.

§ 12 Haftungsbeschränkung

Sofern keine andere vertragliche Haftungsvereinbarung vorliegt, gelten für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers folgende Regelungen:

1. Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf den Auftragswert beschränkt. Beträgt der Auftragswert weniger als 50.000,- €, wird die Haftung



STIFTERVERBAND

auf 50.000,- € beschränkt. Im Falle von Sachschäden ist die Haftung auf eine Million Euro beschränkt, wenn der Auftragswert geringer als eine Million Euro ist.

2. Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen, soweit nichts anderes vereinbart ist.
3. Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt, sowie bei Garantieverprechen, soweit bzgl. letzteren nichts anderes geregelt ist.

§ 13 Markennutzung

Der Auftragnehmer ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers berechtigt, geschützte Marken, Logos, Namen oder sonstige geschäftliche Kennzeichen des Auftraggebers außerhalb der schriftlich erteilten Einzelaufträge in irgendeiner Form zu verwenden.

§ 14 Leistungsänderungen

Der Auftraggeber kann nach Abschluss dieses Vertrages oder eines Einzelauftrages jederzeit Änderungen des Umfangs der Leistungen verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar. Ändert sich der Umfang der vereinbarten Leistungen des Auftragnehmers, kann der Auftragnehmer verlangen, dass der Vertrag entsprechend angepasst wird.

§ 15 Vertragslaufzeit, Kündigung

1. Dieser Rahmenvertrag beginnt am ... und endet am ... Er ist für die Dauer der Laufzeit fest abgeschlossen und kann von beiden Parteien nur aus wichtigem Grund schriftlich gekündigt werden. Ein solcher wichtiger Grund liegt insbesondere vor bei einem wesentlichen Verstoß des Auftragnehmers gegen die in dieser Vereinbarung verankerten Pflichten, der trotz entsprechender Abmahnung vom Auftragnehmer fortgesetzt oder wiederholt wird.
2. Der Rahmenvertrag kann durch den Auftraggeber durch einseitige Erklärung (Option) zweimal um jeweils ein Jahr verlängert werden.
3. Eine Beendigung des Rahmenvertrages hat grundsätzlich keine Auswirkungen auf zum Zeitpunkt der Kündigung noch nicht vollständig erfüllte Einzelaufträge. Diese bestehen bis zur vollständigen Erfüllung fort. Bis dahin gelten für die Einzelaufträge weiterhin die Bedingungen dieses Rahmenvertrages.
4. Einzelaufträge können vom Auftraggeber jederzeit auch ohne Angabe von Gründen gekündigt werden. Ab dem Zeitpunkt der Kündigung entfällt jegliche Zahlungspflicht des Auftraggebers an den Auftragnehmer für noch nicht erbrachte Leistungen des Einzelauftrags; bereits erbrachte Leistungen werden entsprechend anteilig auf den Zeitpunkt der Kündigung abgerechnet und vergütet.

Letzteres gilt auch für teilweise bereits erbrachte Leistungen. Gegebenenfalls daneben bestehende Rücktrittsrechte für Einzelaufträge bleiben unberührt.

5. Kündigt der Auftragnehmer Einzelaufträge aus wichtigem Grund, so richtet sich die Vergütungspflicht des Auftraggebers nach Absatz 4 Satz 2 und 3. Dies gilt nicht, sofern der Auftraggeber die Kündigung nicht zu vertreten hat und die bereits erbrachten (Teil-)Leistungen für den Auftraggeber nicht oder jedenfalls nicht wirtschaftlich sinnvoll verwendbar sind.
6. Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 16 Vertraulichkeit und Datenschutz

1. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden. Die Vertraulichkeitspflicht gilt über die Dauer dieses Vertrages hinaus für weitere zehn Jahre uneingeschränkt fort.
2. Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Die Erfüllung gesetzlicher Pflichten bleibt unberührt. Die Parteien verpflichten sich, die Geheimhaltungspflicht sämtlichen Angestellten, die Zugang zu den vorbezeichneten Geschäftsvorgängen haben, im gleichen Umfang aufzuerlegen.
3. Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Dabei muss die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat. Verletzungen der Geheimhaltungspflicht durch Unterauftragnehmer werden dem Auftragnehmer wie eigene Verletzungshandlungen zugerechnet.
4. Werden personenbezogene Daten im Auftrag durch den Auftragnehmer erhoben, verarbeitet oder genutzt, wird der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers eine den gesetzlichen Vorschriften genügende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abschließen.
5. Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die

nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

6. Der Auftraggeber kann den Rahmenvertrag und/oder einen Einzelauftrag ganz oder teilweise außerordentlich kündigen, wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten gemäß § 16 schuldhaft innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder dem Auftraggeber ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist, weil der Auftragnehmer Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.

§ 17 Aufbewahrung und Heraus-/Rückgabe von Unterlagen

1. Der Auftragnehmer wird alle von ihm im Rahmen der Leistungserbringung erstellten Unterlagen und Zwischenergebnisse (Reinzeichnungen, Ausdrucke, Druckunterlagen usw.) für die Dauer von zwei Jahren aufbewahren und anschließend dem Auftraggeber aushändigen. Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit, auch vor Ablauf dieser zwei Jahre, die Herausgabe der erstellten Unterlagen und Zwischenergebnisse zu verlangen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die Unterlagen/Zwischenergebnisse innerhalb von zehn Tagen nach Aufforderung aushändigen. Auf Wunsch des Auftraggebers wird der Auftragnehmer die vorbezeichneten Unterlagen, statt sie auszuhändigen, innerhalb von 30 Tagen nach Aufforderung vernichten.
2. Alle vom Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Unterlagen, Hilfsmittel, Materialien oder Gegenstände jeglicher Art, sind und verbleiben stets im Eigentum des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann diese jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückverlangen. Auf Aufforderung des Auftraggebers sind sie und alle davon gegebenenfalls gefertigten Kopien vom Auftragnehmer unwiederbringlich zu löschen bzw. zu vernichten.
3. Ein Zurückbehaltungsrecht, gleich aus welchem Rechtsgrund, des Auftragnehmers an Leistungen, Zwischenergebnissen, Unterlagen, Gegenständen und/oder Daten ist ausdrücklich ausgeschlossen, sofern der Auftraggeber den Gegenanspruch nicht ausdrücklich anerkannt hat oder dieser gerichtlich festgestellt wurde.

§ 18 Ausschluss von Scheinselbständigkeit

Die folgenden Regelungen gelten ausschließlich, sofern der Auftragnehmer eine natürliche Person ist.

1. Von der Möglichkeit des Abschlusses eines Anstellungsvertrages ist in Anwendung des Grundsatzes der Vertragsfreiheit bewusst kein Gebrauch gemacht worden. Dem Auftragnehmer soll die volle Entscheidungsfreiheit bei der Verwertung seiner Arbeitskraft belassen werden. Eine über den Umfang dieser Vereinbarung hinausgehende persönliche, wirtschaftliche oder soziale Abhängigkeit wird nicht begründet. Der Auftragnehmer ist insoweit verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten, sofern der Auftragnehmer über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten ausschließlich für den Auftraggeber tätig ist.



STIFTERVERBAND

2. Der Auftragnehmer unterliegt nicht dem Weisungsrecht des Auftraggebers. Unberührt bleiben Weisungen des Auftraggebers, die die konkrete Gestaltung der zu erbringenden Leistung betreffen.
3. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass seine Tätigkeit unter diesem Rahmenvertrag nicht sozialversicherungspflichtig ist, so dass der Auftragnehmer selbst für einen ausreichenden Versicherungsschutz für die Alters- und Krankheitsvorsorge verantwortlich ist.
4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eingenommene Umsatzsteuer ordnungsgemäß an das Finanzamt abzuführen sowie die eingenommenen Vergütungen eigenständig und ordnungsgemäß zu versteuern.
5. Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass er nach § 2 Nr. 9 SGB VI rentenversicherungspflichtig sein kann, wenn er auf Dauer und im Wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig ist und keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigt, deren Arbeitsentgelt aus dem Beschäftigungsverhältnis regelmäßig 450,00 EUR im Monat übersteigt.

§ 19 Schlussbestimmungen

1. Nebenabreden und Änderungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, sofern dieser Vertrag nicht ausdrücklich die Textform zulässt. Dieses Formerfordernis kann weder mündlich noch stillschweigend aufgehoben oder außer Kraft gesetzt werden.
2. Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht.
3. Der Auftragnehmer darf seine Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag weder gesamt noch einzeln abtreten. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, Rechte aus diesem Vertrag an verbundene Unternehmen abzutreten. Im Übrigen kann der Auftraggeber Rechte aus diesem Vertrag nur mit Zustimmung des Auftragnehmers an Dritte abtreten.
4. Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen und unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG). Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten zwischen den Parteien aus oder in Verbindung mit diesem Vertrag ist Essen. Erfüllungsort für alle Leistungen des Auftragnehmers ist Essen.

§ 20 Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten in der nachstehenden Reihenfolge:

- dieser Rahmenvertrag einschließlich seiner Anlage 1 und 2
- die vom Auftragnehmer im Rahmen seines Angebotes abgegebenen bzw. anerkannten Erklärungen und besonderen Vertragsbedingungen
- die weiteren Vergabeunterlagen

- das Angebot des Auftragnehmers.

§ 21 Anlagen

Anlagen zu diesem Vertrag:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung
- Anlage 2: Preisblatt

Ort, den _____

Ort, den _____

[Unterschrift laut aktueller Unterschriftenregelung]

Vorname Nachname Auftragnehmer

Ort, den _____

[Unterschrift laut aktueller Unterschriftenregelung]